

17/1999

Wolfgang Schäuble:

Dank an Dagmar Schipanski

Im Namen der CDU Deutschlands danke ich Frau Prof. Schipanski, daß sie auf unseren Vorschlag als Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten zur Verfügung gestanden hat. Sie hat in den vergangenen Monaten die Herausforderungen, auch die persönlichen Zumutungen, die mit einer solchen Kandidatur unvermeidlich verbunden sind, in bewunderungswürdiger Weise angenommen und gemeistert.

Dagmar Schipanski hat dabei für das gegenseitige Verständnis und das Zusammenwachsen der Menschen in Ost- und Westdeutschland Hervorragendes geleistet. Sie hat wichtige Anstöße für die Auseinandersetzung mit unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit und mit den Grundfragen der modernen Welt gegeben. Das wird bleiben. Ich bin sicher, daß Frau Schipanski auch weiterhin eine wichtige Rolle in Deutschland spielen wird. Die CDU wird ihre Anstöße aufgreifen und sie bitten, unsere programmatische und politische Arbeit mitzugestalten.

Frau Schipanskis Lebenserfahrung, ihre Kompetenz als Wissenschaftlerin, ihre beeindruckende Persönlichkeit stellen ein Kapital dar, das über Parteigrenzen hinaus positive Wirkung entfaltet.

Wahl des Bundespräsidenten: Von 1.333 abgegebenen Stimmen erhielten bei 17 Enthaltungen und zwei ungültigen Stimmen im ersten Wahlgang Johannes Rau 657 Stimmen, Dagmar Schipanski 588 Stimmen und Uta Ranke-Heinemann 69 Stimmen.

HEUTE AKTUELL

● Steuerpläne

Generalsekretärin Angela Merkel: Die Schröder-Regierung ist unfähig, mit Geld umzugehen. Seite 4

● Gesundheit

Hermann Kues: Jede Verlässlichkeit in der Gesundheitspolitik geht verloren. Seite 6

● Aufbau Ost

Michael Luther: Ausstieg durch die Hintertür. Seite 8

● 630-Mark-Jobs

Roland Koch: Neuregelung führt zu großen Schäden. Seite 9

● Sozialhilfe

Peter Weiß: Sozialhilfe kann jetzt pauschalisiert werden. Seite 14-17

● Internet/InfoNet

CDU-Europawahlkampf online. Seite 18-21

● Dokumentation

Roman Herzog: Wir können mit Zuversicht ins 21. Jahrhundert gehen. Ansprache des Bundespräsidenten zum Staatsakt anlässlich des 50jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland am 24. Mai. Grüner Teil

Kurz & gut

Freiheit, die wir meinen

war das Motto des Wertekongresses, den die CDU am 15. Mai in Cottbus veranstaltete. Welche Erfahrungen haben die Menschen in Ostdeutschland mit der neu gewonnenen Freiheit gemacht? lautete eine der Fragen. Der Kongreß mit seinen Antworten darauf – so CDU-Generalsekretärin Angela Merkel – hat dazu beigetragen, Ost und West wieder stärker miteinander ins Gespräch zu bringen.

Mit dem Traumvotum

von 97 Prozent Zustimmung haben die Delegierten des 49. Landesparteitags der saarländischen CDU in Dillingen ihren Vorsitzenden Peter Müller zum Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 5. September gewählt. Peter Müller, der die CDU Saar seit 1995 führt: „Wir setzen an, um zu gewinnen. Wir setzen nicht auf Platz, sondern auf Sieg.“

„Fisch und Chips“

soll die Devise einer High-Tech-Offensive sein, mit der Völker Ruhe in Schleswig-Holstein den technischen Fortschritt landesweit ausbauen will. Auf dem CDU-Landespartei-tag im Ostseebad Damp wurde er mit 96 Prozent der Delegiertenstimmen zum Spitzenkandidaten der CDU für die Landtagswahl am 27. Februar 2000 nominiert.

Literaturpreis vergeben

Der Schriftsteller Burkhard Spinnen hat in Weimar den mit 25.000 Mark dotierten Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten. Damit zeichne die Stiftung „einen der bedeutendsten realistischen Erzähler der jüngeren deutschen Literatur aus“, heißt es in der Begründung der Jury.

Wolfgang Schäuble: Jetzt hilft nur noch die Notbremse

Die Schröder-Regierung erlebt ausgerechnet auf dem Feld ihrer bisher schlimmsten Desaster, auf dem sie vor und nach der Bundestagswahl lautstark ihre wich-

tigsten Erfolge versprochen hat: mehr Arbeitsplätze und gerechtere Einkommen für Mittel- und Geringverdiener. Mit Entsetzen müssen Wähler und zu-

nehmend auch die Verantwortlichen in der Regierungskoalition erkennen, daß mit der Neuregelung der 630-Mark-Jobs und der sog. Scheinselbstständigkeit

das genaue Gegenteil erreicht worden ist: Hunderttausende von Arbeitsplätzen werden vernichtet, Zehntausende von Existenzen gefährdet oder zerstört. Um

weiteren großen Schaden zu verhindern, der nach dem Urteil von Experten eintreten wird, hilft jetzt nur eins: Notbremse ziehen und die Gesetze aussetzen.

CDU

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
17**

**Wer die Fleißigen bestraft,
reißt die Wurzeln unserer Sozialen Marktwirtschaft aus.**

Peter Rauen, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT)

Europa der Bürger statt linker Zentralismus

Unter diesem Motto steht der gemeinsame Wahlauftritt von CDU und CSU zur Europawahl, den die Vorsitzenden der beiden Schwesterparteien Wolfgang Schäuble und Edmund Stoiber am 18. Mai in Bonn vorgestellt haben.

Die Europawahl am 13. Juni – so heißt es in dem Wahlauftritt – ist „eine grundlegende Weichenstellung“: CDU und CSU wollen ein Europa, das „Frieden in Freiheit“ und „Wohlfahrt in Sicherheit“ für seine Bürger garantiert. Es geht „um Stabilität statt Unsicherheit“, „um Visionen statt Perspektivlosigkeit“.

In dem Wahlauftritt setzen sich CDU und CSU für ein „Europa der Regionen und Nationen“ ein. Diese müssen auch in Zukunft „Träger der europäischen Einigung auf vertraglicher Grundlage“ bleiben: „Dazu brauchen wir eine Charta der Grundwerte und Zuständigkeiten, die in Form eines Verfassungsvertrags niedergelegt werden soll.“

Der rot-grünen Bundesregierung wird vorgeworfen, in den ersten Monaten ihrer Amtszeit „schwere Fehler“ in der Europapolitik gemacht zu haben. Sie habe die „Partner verprellt und gewachsenes Vertrauen erschüttert“. Auf dem Berliner EU-Gipfel habe sie Nachteile für

Deutschland in Kauf genommen, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen „ungerechtfertigt große Opfer abverlangen“.

Auch wurde die ungerechte Lastenverteilung in der EU nicht wesentlich korrigiert. Die Stellung Deutschlands in Europa ist deutlich schwächer geworden: Die Bundesregierung

Die Europäische Union braucht für einen erfolgreichen Weg in das 21. Jahrhundert eine starke politische Mitte im Europäischen Parlament. CDU und CSU wollen gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Volkspartei dem Europa der Bürger zum Durchbruch verhelfen.

hat die deutsche Ratspräsidentschaft nicht genutzt, um Europa voranzubringen. Sie zeigt sich im Blick auf die Zukunft Europas „perspektivlos“.

Wolfgang Schäuble: „Die Wählerinnen und Wähler können am 13. Juni ihre Unzufriedenheit mit der Regierung Schröder durch ein Kreuz für CDU und CSU zum Ausdruck bringen.“

Nicht regierungsfähig

und völlig gespalten haben sich die Grünen in Bielefeld präsentiert. CDU-Generalsekretärin Angela Merkel: „Für niemanden ist die Entscheidung über einen militärischen Einsatz der Nato einfach. Um dieser Schwierigkeit zu ent-

gehen, haben die Grünen einen verlogenen Kompromiß geschlossen und versucht, sich mit Sprachakrobatik über ihren Sonderparteitag hinwegzutreten.“ Es zeigt sich: Wenn es darauf ankommt, versagt das grüne Programm.

Sinkende Steuereinnahmen

Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Schröder-Regierung zeigen sich in den Ergebnissen der neuesten Steuerschätzung: Trotz verbesserter weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen läßt das Wachstum in Deutsch-

land in den nächsten Jahren so stark nach, daß die Steuereinnahmen gegenüber den bisherigen Schätzungen um 4,7 Milliarden Mark im Jahr 2000 und um jeweils 15 Milliarden Mark in den Jahren 2001 und 2002 geringer ausfallen.

Vor ihr könnte, wenn sie will, eine interessante politische Laufbahn liegen

Man hätte sich auch eine andere Wahlentscheidung vorstellen können

Man hätte sich nach 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland, nach zehn Jahren Wiedervereinigung, wenige Monate vor dem Umzug von Parlament und Regierung und vor dem Aufbruch ins nächste Jahrtausend aber auch eine andere Wahlentscheidung, ein neues Signal vorstellen können. Erstmals eine Frau an der Spitze des Staates, um der Gleichberechtigung die Krone aufzusetzen. Erstmals eine Präsidentin aus den östlichen Bundesländern, um das Selbstbewußtsein der Menschen im Osten zu stärken und deren Ankommen im gemeinsamen Land zu beschleunigen. Und schließlich erstmals ein Staatsoberhaupt aus einem der Zukunft zugewandten Wissenschaftsbereich und kein alter Polit-Fuchs. Dagmar Schipanski hat sich mit einem Achtungserfolg begnügen müssen.

Berliner Morgenpost

Sie hat sich höchst respektabel geschlagen

CDU und CSU haben mit der unterlegenen Gegenkandidatin Dagmar Schipanski eine ostdeutsche Frau ins Rennen geschickt, die sich höchst respektabel geschlagen hat, die schnell den Verdacht abstreifte, eine rein taktisch nominierte Zählkandidatin zu sein. Mit ihren rund 300 öffentlichen Auftritten hat sie bewiesen, daß Ausgleich und Aussöhnung zwischen Ost und West auch ihre Sache ist und daß sie auf den Feldern der Reformen in Bildung und Wissenschaft dem jetzt Gewählten vielleicht noch ein paar Schritte vorausseilt.

Deutschlandfunk

Für das Präsidentenamt gut geeignet

Als Gewinnerin kann sich auch Dagmar Schipanski beglückwünschen lassen. Die Physikerin aus Thüringen startete als aussichtslose Verlegenheitskandidatin der Union. In 400 öffentlichen Auftritten hat sie ihr Publikum dann aber davon überzeugt, daß sie für das Präsidentenamt gut geeignet ist. Es gibt also doch Menschen in Deutschland, die eine wichtige Rolle im Staat spielen können und wollen, ohne zuvor die übliche jahrzehntelange parteipolitische Karriere gemacht zu haben. Daß es in diesem Fall eine Frau aus den neuen Bundesländern ist, macht den Erfolg von Dagmar Schipanski besonders wertvoll.

Bild am Sonntag

CDU und CSU haben mehr Mut als SPD und Grüne bewiesen

Mit der Kandidatur Frau Schipanskis gelang es CDU und CSU zwar nicht, die Reihen der Koalition zu sprengen. Aber sie haben es doch geschafft, mit dieser Kandidatin einen Achtungserfolg zu erzielen, nicht nur, was ihr Wahlergebnis in der Bundesversammlung, sondern auch was die öffentliche Aufmerksamkeit angeht, die Frau Schipanski zu erregen verstand. Mit ihrer Nominierung bewiesen die Christlichen Demokraten eben mehr Mut und Nonkonformismus als die Sozialdemokraten und die Grünen. „Verbrannt“ ist die erfolglose Kandidatin keineswegs. Vor ihr könnte, wenn sie will, eine interessante politische Laufbahn liegen.

Frankfurter Allgemeine

Schröder-Regierung unfähig, mit Geld umzugehen

Zu den Steuerplänen der Schröder-Regierung erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Das Steuer-Chaos der rot-grünen Bundesregierung ist inzwischen kaum noch steigerungsfähig.

Zur Erinnerung: Die Regierung Kohl hatte insgesamt maßvolle, aber dringend notwendige Reformen verabschiedet, um Bürger und Unternehmen von Steuern entlasten zu können.

Diese Reformen wurden von der Schröder-Regierung zurückgenommen. Das Geld wurde mit vollen Händen ausgegeben. Während der letzte von Theo Waigel vorgelegte Haushalt eine Steigerungsrate von lediglich 1,9 % vorsah, hat Rot-Grün für 1999 einen Haushalt beschlossen, dessen Ausgaben um 6,3 % steigen.

Teure Rechnung

Anstatt die Weichen richtig zu stellen, kam Finanzminister Eichel schon am Tag danach mit einem nie bekannten und unrealistischen Sparprogramm. Aber eigentlich wird hier nur die teure Rechnung vorbereitet:

- Eine Mehrwertsteuererhöhung ist fest eingeplant.
- Eine drastische Verteuerung des Benzin um bis zu 40 Pfennig wird angepeilt.
- Ein Anstieg der Rentenbeiträge auf über 20 % steht ins Haus.
- Wer krank wird, muß künftig mit erheblich höheren Kosten rechnen; die verunglückte Gesundheitsreform gerät aus den Fugen.

- Die 630-DM-Jobs werden unattraktiv, weil auch geringfügig Beschäftigte abkassiert werden, um Haushaltslöcher zu stopfen.

Wer teure Wahlgeschenke finanzieren muß, hat kein Recht, höhere Belastungen für Bürger und Unternehmen mit dem angeblichen Versagen der alten Regierung zu begründen. Die Löcher, vor denen Herr Eichel steht, sind ausschließlich von Rot-Grün hausgemacht.

Es war anders versprochen

Im übrigen: Schröders Wahlversprechen lauteten einmal ganz anders. In der „Bild am Sonntag“ vom 6. September 1998 versprach er, daß eine mögliche Erhöhung der Mineralölsteuer auf höchstens 6 Pfennig begrenzt bleiben würde. Und zum Thema Mehrwertsteuer hatte er sich eindeutig festgelegt: „Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gibt es mit mir nicht. Sie wäre tödlich für das zarte Pflänzchen Konjunktur, das wir hegen und pflegen müssen. Der Staat soll mit dem auskommen, was er hat.“ Schröder regiert nach dem Motto: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?

Das Problem dieser Regierung ist, daß sie jedem alles verspricht, danach alle abkassiert und obendrein behauptet, das alles sei „sozial gerecht“.

Ich warne die Bundesregierung heute schon nachdrücklich davor, in wenigen Wochen die Kosten des NATO-Einsatzes im Kosovo für weitere Steuererhöhungen zu instrumentalisieren. Nicht die Kosten sind das Problem der Bundesregierung, sondern ihre Unfähigkeit, mit Geld umzugehen. ■

Rot-grüne Steuerphantasien blockieren Investitionen und privaten Konsum

Zu den Spekulationen in der rot-grünen Regierungskoalition über eine drastische Erhöhung der Mineralölsteuer um bis zu 40 Pfennig/Liter erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Mit ihren wirklichen oder angeblichen Plänen oder Gedankenspielen für Benzinpreiserhöhungen von bis zu 40 Pfennig/Liter richtet die rot-grüne Regierung Schröder das noch verbliebene Vertrauen in Reste ihrer Wirtschaftskompetenz endgültig zugrunde.

Was viel schlimmer ist: Sie verunsichert in unverantwortlicher Weise die Betriebe in Deutschland, die jetzt wieder über Monate spekulieren dürfen, was an weiteren Belastungen auf sie zukommt. Erst werden Gerüchte gestreut, dann folgen halbherzige Dementis. Zeitpunkt, Höhe, Gegenfinanzierung – alle reden durcheinander, nichts ist klar. Das fördert weder Investitionsbereitschaft in den Betrieben noch die von der Regierung viel

gerühmte Massenkauftkraft. Im Gegenteil: Otto-Normalverbraucher kann nicht aufs Auto für den Weg zur Arbeit verzichten und auch nicht 'mal schnell ein 3-Liter-Auto kaufen. Was er an Spritsteuer zahlen muß, fehlt ihm an anderer Stelle.

Dasselbe gilt für Betriebe insbesondere im personal- und dienstleistungssintensiven Mittelstand. Beispiel: Handwerksbetrieb mit 10 Fahrzeugen, die täglich jeweils 100 Kilometer fahren und 10 Liter pro 100 Kilometer verbrauchen, hat bei 40 Pfennig Preissteigerung pro Liter jährliche Mehrkosten von fast 10.000,- DM.

Als sei es ein Sandkastenspiel, springt diese Regierung mit der wirtschaftlichen Grundlage unserer Gesellschaft, d.h. den Betrieben und ihren Mitarbeitern nach Belieben um. Bürger und Betriebe werden zu Versuchskaninchen im rot-grünen Politik-Labor, wo hemmungslos mit ihren wirtschaftlichen Interessen und ihrem Lebensunterhalt herumexperimentiert wird.

Augenwischerei

Zu den Beteuerungen der Koalition, die weiteren Stufen der sogenannten Ökosteuer würden nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern eingesetzt, erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Klar ist, durch die weiteren Stufen der sogenannten Ökosteuer wird es für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen zu massiven Mehrbelastungen kommen.

Die Beteuerungen aus den Reihen der Koalition, die Steuermehreinnahmen würden dabei nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern, sondern zu einer weiteren Absenkung der Beiträge zur Rentenversicherung eingesetzt, sind dabei reine Augenwischerei.

Nur durch Reformen

Außerhalb der Regierungskoalition ist es nahezu Konsens, daß der Kostenspirale in dem System der sozialen Sicherung nur durch Reformen im System begegnet werden kann. ►

Jede Verlässlichkeit in der Gesundheitspolitik geht verloren

Zur Großdemonstration des „Aktionsbündnis Mittelstand im Gesundheitswesen“ am 13. Mai gegen die rot-grüne Gesundheitspolitik erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Die Proteste der im Gesundheitswesen Beschäftigten gegen die rot-grüne Gesundheitspolitik sind verständlich und verdienen unsere Solidarität. Denn wer, wie die rot-grüne Koalition, das Gesundheitswesen lediglich als Kostenfaktor betrachtet, der gefährdet Arbeitsplätze und wird dem Stellenwert des Gesundheitswesens als innovativem und dynamischem Dienstleistungssektor nicht gerecht. Außerdem ist durch das Hin und Her der letzten Monate jede Verlässlichkeit verloren gegangen.

Bei den bisher bekannt gewordenen Plänen für eine Gesundheitsreform hat man den Eindruck, die rot-grüne Koalition habe einigen Bürokraten die Ge-

sundheitspolitik zur Verwirklichung ihrer Reglementierungsträume überlassen. Die Gesundheitspolitik taugt aber nicht als Spielfeld für planwirtschaftliche Experimente, denn hier geht es um die Gesundheit unserer Bevölkerung und die Arbeitsplätze von über 4 Millionen Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Die Pläne zur Gesundheitsreform setzen die Reihe verfehlter Gesetzesvorhaben der rot-grünen Koalition fort, die eines gemeinsam haben: Mißtrauen gegenüber dem Bürger und gegenüber den Leistungsträgern unserer Gesellschaft, wie z.B. den Beschäftigten im Gesundheitswesen. Die rot-grünen Pläne strangulieren die Motivation, denn Qualität im Gesundheitswesen kann man nicht durch bürokratische Auflagen erzwingen. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen brauchen wieder verlässliche Perspektiven und keine ständig neuen und unausgegorenen Eingriffe des Gesetzgebers.

Die Koalition ist dazu aber, wegen ihres Festhaltens an ihren unsinnigen Wahlversprechungen unter dem Motto „Versprochen – Gehalten“, nicht bereit. Im Gegenteil: Durch die Rücknahme der moderaten Reformen von CDU und CSU in der vergangenen Wahlperiode hat die Koalition die Kostenspirale noch angeheizt und den Kostendruck in unverantwortlicher Weise verschärft.

Vor einer unheilvollen Alternative

Somit steht die Koalition vor der Alternative, entweder die Sozialversicherungsbeiträge zu erhöhen oder den erhöhten Fi-

nanzbedarf durch einen Zuschuß aus Haushaltsmitteln zu decken.

Ökosteuer muß herhalten, um Haushaltslöcher zu stopfen

Also muß die Ökosteuer herhalten. Ihr Aufkommen wird im Bundeshaushalt vereinnahmt, um es anschließend als Zuschuß in das System der sozialen Sicherung weitzureichen. Dies ist nichts anderes, als durch neue Steuern Einnahmen zu erzielen, um Ausgaben zu tätigen, für die der Haushalt nicht ausreicht. Also werden doch Haushaltslöcher gestopft!

Gesundheitsreform ist Mogelpackung

Zu den Plänen der Koalition zur Strukturreform im Gesundheitswesen erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Die bisher bekannt gewordenen Pläne der rot-grünen Koalition zur Gesundheitsreform sind eine Mogelpackung.

Einerseits sind Maßnahmen geplant, die zu erheblichen Mehrausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung führen, wie z.B. die Reduzierung der Zuzahlung bei Reha-Leistungen, die Finanzierung von Gesundheitsförderung und Selbsthilfe, die Übernahme von Investitionskosten für Krankenhäuser, der Bonus für das Hausarztmodell, die Implementierung neuer Datenerfassungssysteme, die Ausweitung von Kontrollen zur Qualitätssicherung. Andererseits werden die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung durch ein Globalbudget begrenzt.

Das bedeutet, daß die Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden müssen. Offen bleibt allerdings wo. Es

ist zu befürchten, daß künftig an medizinisch notwendigen Leistungen gespart werden muß, um das Budget einzuhalten. Wer aber so rationiert, begrenzt die Möglichkeiten, medizinischen Fortschritt zu bezahlen. Und Rationierungen werden nicht nach den Kriterien sozialer Gerechtigkeit und medizinischer Notwendigkeit, sondern nach dem Kriterium des ökonomischen Nutzens vorgenommen. Deshalb sind Budgets der denkbar schlechteste Weg, um das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben langfristig aufrechtzuerhalten.

Eine solche Gesundheitspolitik ist unsozial, denn sie trifft diejenigen, die die medizinischen Leistungen am nötigsten haben und die nicht die Mittel für eine private Behandlung haben. Das Festhalten an einem Globalbudget ist das unausgesprochene Eingeständnis der Angst der rot-grünen Koalition, daß die von ihr so hochgelobten strukturellen Reformmaßnahmen allein eben nicht die erhoffte Wirkung zeigen.

Volker Rühe: Anschlag auf Ferienländer

Zu den Plänen der SPD-Bundestagsfraktion, die Mineralölsteuer drastisch anzuheben, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und schleswig-holsteinische Spitzenkandidat, Volker Rühe:

Das ist der Einstieg in die kalte unsoziale Enteignung der Autofahrer mit kleinen und mittleren Einkommen. Damit entlarvt Rot-Grün seine eigentlichen

autofeindlichen Ziele. Autofahren ohne Schmerzen können dann nur noch Leute mit einem Gehalt wie der Schutzpatron des Autos und Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die rot-grünen Pläne sind auch ein Anschlag auf Ferienländer wie Schleswig-Holstein. Wer kann sich noch Ferien leisten, wenn die Urlaubskasse zum Beispiel des Kumpels aus dem Ruhrgebiet von den Spritkosten aufgeessen wird.

Ausstieg aus dem Aufbau Ost durch die Hintertür

Die SPD kassiert die Bürger mit neuen Ökosteuern weiter ab. Dahinter steckt nichts anderes als eine Erhöhung der Mineralölsteuer um bis zu 40 Pfennig zum Stopfen von Haushaltslöchern.

Dies wird für die Bürger im ländlichen Raum und in den neuen Bundesländern eine Katastrophe sein. Dort liegt wegen der höheren Mobilitätsanforderungen bereits die heutige Mehrbelastung aus der 1. Stufe der Ökossteuer bei 115 DM im Jahr und damit um rund 50 % höher als im Westen. Jeder kann sich ausrechnen, was weitere 10 Pfennig und erst recht, was 40 Pfennig für die täglichen Pendler zur Arbeitsstätte bedeuten würden. Die Folge wird sein: Neu geteerte, aber leere Straßen und noch mehr Arbeitslose.

Michael Luther, stellvertretender Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich befürchte, auch die Ost-

förderung steht zur Disposition, obwohl Wirtschaftsminister Müller dies abstreitet. Denn bereits im Haushalt 1999 sind die Aufbauhilfen zurückgegangen. Die neuen Sparvorschläge von Finanzminister Eichel würden bedeuten: Im Jahr 2000 betragen die Leistungen in die neuen Länder statt 99 Mrd. DM nur noch ca. 91 Mrd. DM. Die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur würde um weitere 200 Mio. DM reduziert, nachdem sie bereits für 1999 um 362 Mio. DM gesenkt worden war.

Hinter den Vorschlägen der SPD steckt offenkundig ein neues System degenerativ verlaufender Fördermittel. Die Bundesregierung will den bis mindestens 2004 geschlossenen Solidarpakt durch die Hintertür verlassen. Ich bin sicher: Die Menschen in den neuen Ländern werden ihre Antwort zur Europawahl am 13. Juni 1999 geben.

Die Erfolge unserer eindeutigen Politik der „Null Toleranz“ werden jetzt deutlich

„Wir müssen alle rechtsstaatlichen Mittel zur Bekämpfung von Kriminalität, Gewalt und Extremismus nutzen.“

Mit diesen Worten kommentiert der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, die „Lageentwicklung“, wie sie sich nach der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 1998 darstellt. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung habe bis Ende des vergangenen Jahres gezeigt, was sie hierunter versteht:

- Anpassung des gesetzlichen Instrumentariums an neue Herausforderungen und neue technische Möglichkeiten,
- Stärkung der Sicherheitsbehörden durch verbesserte Rechtsgrundlagen für ihre Arbeit.

Auch Maßnahmen in den Bundesländern haben zur Stärkung der Sicherheitslage beigetragen. So haben z.B. Sicherheitswachtern in unionsgeführten Ländern allein durch deren Präsenz das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessert.

Erwin Marschewski: In der neuesten Kriminalstatistik werden jetzt die Erfolge der eindeutigen Politik der Union – „Null Toleranz“ gegenüber dem Verbrechen – deutlich. ■

Roland Koch: Die Neuregelung führt zu großen Schäden

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch hat auf die seiner Ansicht nach schwerwiegenden wirtschaftlichen und politischen Schäden der Neuregelung der 630-Mark-Jobs hingewiesen.

Wenn sich die politischen Institutionen derart von den Realitäten entfernten, seien am Ende die Institutionen gefährdet, warnte Koch am 21. Mai im Bundesrat. Die Koalition habe noch am Tag der Verabschiedung des Gesetzes

erklärt, man wolle seine Folgen untersuchen. Mit dem Gesetz stelle sich ganz klar die Frage, „ob wir noch konsistent in der Gesetzgebung sind“.

Koch kritisierte, ursprünglich habe man den Mißbrauch durch Unternehmen bekämpfen wollen. Jetzt werde das Problem auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen. Das Gesetz müsse ganz aufgehoben werden. Denn wer nur einzelne Bestimmungen korrigieren wolle, greife sofort die Logik des Gesetzes an.

Drei Viertel der Unternehmer bauen 630-Mark-Jobs ab

Die Neuregelung der 630-Mark-Jobs erweist sich nach einer Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) immer mehr als Job-Killer. Drei Viertel von 325 befragten Mitgliedsunternehmen werden 630-Mark-Jobs abbauen, wie das Kölner Wirtschaftsmagazin „Impulse“ als Auftraggeber der Exklusivumfrage am 21. Mai mitteilte.

Fast jeder vierte Unternehmenschef wolle künftig sogar auf alle Billig-Jobs verzichten. Bei weiteren 48 Prozent würden die meisten dieser Arbeitsverhältnisse gekündigt. Insgesamt werde das Gesetz durch Entlassungen und Eigenkündigungen von Beschäftigten mehr als eine Million Menschen den Arbeitsplatz kosten, resümierte Hans Stein vom ASU-Unternehmerinstitut.

Die von der rot-grünen Regierung erhoffte Umwandlung der Billig-Jobs in

Teilzeit- oder Vollzeitstellen wird größtenteils ausbleiben, schreibt das Magazin. Lediglich 16 Prozent der befragten Betriebe planten, die 630-Mark-Kräfte in ein anderes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. Bei der Mehrzahl der Firmen (58 Prozent) werden laut Umfrage ein bis fünf Stellen der Neuregelung zum Opfer fallen. Bei 24 Prozent der Firmen stünden sechs bis zehn und in weiteren 18 Prozent der Betriebe sogar mehr als zehn Stellen auf dem Spiel.

Auch Arbeitnehmer kündigen

Zur Entlassungswelle auf Unternehmensseite hinzu kommen noch die von den Arbeitnehmern ausgesprochenen Kündigungen, heißt es. 64 Prozent der befragten Unternehmer hätten berichtet, daß die meisten ihrer 630-Mark-Kräfte kein Interesse mehr an diesem Job hätten.



Schluss MIT DEM CHAOS: STOPPEN SIE ENDLICH DAS 630-MARK GESETZ, HERR SCHRÖDER. ERST DENKEN - DANN HANDELN.

So denken Prominente über das 630-Mark-Gesetz:

- **Michael Schumacher** (Formel-1-Pilot): »Ein solches Durcheinander wie mit dem 630-Mark-Gesetz wäre der CDU nicht passiert« (Welt am Sonntag, 16.5.99)
- **Angela Merkel** (CDU-Generalsekretärin): »Viele Menschen brauchen die 630 Mark, darum: Herr Schröder stoppen sie endlich dieses Chaos.«
- **Erich Ribbeck** (Teamchef Deutsche Fußball-National-elf): »Der Sport leidet darunter. Es kann tödlich sein, wenn Übungsleiter in Amateurvereinen ihre Einnahmen aus 630-Mark-Jobs versteuern müssen, dann springen sie ab.« (Express, 18.5.99)
- **Günter Wallraff** (Autor): »Die meisten Aushilfen hätten bestimmt lieber eine gesicherte Anstellung. Vor allem in ihrem eigenen Interesse sollte es keine bürokratische Zwangsregulierung geben, sondern eine Neugestaltung, die den Betroffenen wirklich hilft.« (Express, 18.5.99)
- **Hera Lind** (Autorin von »Das Superweib«): »Die Mutter von Gerhard Schröder war doch auch Putzfrau. Der Kanzler müßte doch daher eigentlich wissen, was das 630-Mark-Gesetz für den Geldbeutel der Kleinverdiener bedeutet.« (Express, 18.5.99)
- **Toni Polster** (Fußball-Profi): »Herr Schröder muß das Steuer-Chaos beenden. Mit diesem 630-Mark-Gesetz können wir in den Vereinen die Trainer nicht mehr halten.« (Express, 18.5.99)
- **Erich Kaub** (Präsident des Hotel- und Gaststättenverbandes): »Sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes zu den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen hat sich diese Regelung als erstklassiger Job- und Existenzvernichter erwiesen.«

So sieht's die Presse:

.... denn sie wissen nicht, was sie tun. Die Bundesregierung bereitet die vierte 630,- Reform vor. (Süddeutsche Zeitung, 6.5.99)

Es ist inzwischen unstrittig, daß die jetzt geltenden Regeln mehr Arbeitsplätze vernichten als neue schaffen. (Nordkurier, 14.5.99)

Bei aller Vasallentreue zum Arbeitsminister: die Sozialdemokraten wären gut beraten, dieses Gesetz völlig zurückzuziehen und eine Verständigung mit der Opposition zu suchen.

(Neue Osnabrücker Zeitung, 17.5.99)

**Viermal hat die Regierung
inzwischen nachgebessert.**

**Doch die 630-Mark-Jobber
bleiben auf der Strecke!**

**Die Neuregelung ist mit mehr
Bürokratie, zusätzlichen Kosten
und finanziellen Verlusten für
Arbeitnehmer und Betriebe
verbunden. Die CDU fordert
das sofortige Aussetzen der
Neuregelung des 630-Mark-
Gesetzes.**

CDU



mitten im Leben, mitten in Europa.

Rot-grüne Regierung hat Mehrheit verloren

Die rot-grüne Bundesregierung hat laut ZDF-Politbarometer ihre Mehrheit unter den Wählern verloren.

Nach der sogenannten „Sonntagsfrage“, die längerfristige Bindungen der Wähler an Parteien berücksichtigt, werden SPD (40 Prozent) und die Grünen (unverändert fünf Prozent) von CDU/CSU (42 Prozent) und FDP (unverändert fünf Prozent) überflügelt. Nach Mitteilung des ZDF vom 21. Mai liegen die Unionsparteien damit auch erstmals seit zwei Jahren vor der SPD. In den vergangenen Monaten gab es ein Patt zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb.

In der politischen Stimmung verloren die Regierungsparteien im Mai deutlich im Verhältnis zu den Unionsparteien. Für die Sozialdemokraten ergaben sich 40 Prozent (April: 42 Prozent), für die CDU/CSU 46 (43), Bündnis 90/Die Grünen vier (sechs), FDP vier (drei) und die PDS unverändert drei Prozent.

Die Grünen erreichen laut Politbarometer nicht nur in der politischen Stimmung schlechte Werte, sie werden von 66 Prozent der Befragten als unzuverlässiger Koalitionspartner angesehen. Nur 28 Prozent halten sie für zuverlässig.

Über 1000 Jobs in Goslar gefährdet.



Jetzt Unterschriftenaktion

CDU [Wir tun was.]

Das Plakat der Goslarer CDU zur Neuregelung der 630-Mark-Jobs, die die rot-grüne Bundesregierung durchsetzen will, weckt Aufmerksamkeit. Auf der Homepage der Goslarer CDU (<http://cdu.harz.de>), bewegt sich das Untier mit den gefährlichen Zähnen und schnappt nach den 630-Mark-Jobs. Der Einfall und dessen Umsetzung sind der Nachahmung empfohlen.

Scharping wird zum Konkursverwalter der Bundeswehr

Zu den Plänen des SPD-Finanzministers Hans Eichel und des Haushälters der Grünen, Oswald Metzger, den Verteidigungshaushalt 2000 nicht „unraisiert“ davon kommen zu lassen, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Nach den nur mühsam kaschierten, massiven Kürzungen am Verteidigungshaushalt dieses Jahres durch die rot-grünen Haushälter blasen nun der neue SPD-Finanzminister Hans Eichel und der Haushälter der Grünen, Oswald Metzger, zum Frontalangriff gegen die Bundeswehr. Ihre Vorstellungen, den Etat um 3,5 Milliarden DM im Jahre 2000 und um 5,8 Milliarden DM in 2001 zu kürzen bzw. 70.000 bis 90.000 Soldaten abzubauen, machen die von SPD-Verteidigungsminister Scharping eingesetzte Wehrstrukturkommission absolut unsinnig und führen die Wehrpflicht in den Abgrund.

Nachdem die Kommission eigentlich „ergebnisoffen“ durch den Verteidigungsminister eingesetzt war, könnte sie nach dem „Zangenangriff“ aus dem rot-grünen Lager vor der ersten Sitzung bereits einpacken. Sowohl Eichels magische Kürzungszahl von 3,5 Milliarden DM für den Verteidigungshaushalt wie auch Metzgers Aussage, der Personalabbau von 340.000 auf 250.000 Mann bei der Bundeswehr sei absolut sicher, entziehen der Wehrstrukturkommission die Basis ihrer geplanten Arbeit. Damit erhält SPD-Ex-Finanzminister Oskar Lafontaine Recht, der bereits bei der Einbringung des Haushalts 1999 seinem Verteidigungskollegen Scharping im Parlament die Drohung auf den Weg gegeben hatte, der Wehrstrukturkommission blieben keine zwei Jahre Zeit.

Der Haushälter der Grünen, Oswald Metzger, weiß nur zu gut, daß im Verteidigungshaushalt Finanzmasse nur über die Personalkosten zu gewinnen ist. Wenn er nun Abbauzahlen nennt, ist die Katze aus dem Sack. Bei einer Reduzierung von ca. 90.000 Soldaten kann Metzger bei den Wehrpflichtigen über 2 Milliarden DM sparen. Da er weiß, daß er Zeit- und Berufssoldaten nicht von heute auf morgen aus der Bundeswehr verabschieden kann, ist die Stoßrichtung klar; es geht gegen die Wehrpflicht. Bei einem derart massiven Eingriff wird er diese ad absurdum führen. Bei jährlich ca. 150.000 einberufenen Wehrpflichtigen würden mehr als die Hälfte nicht mehr gebraucht. Die Folge ist eine nicht zu verantwortende Wehrungerechtigkeit.

Selbst bei umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen ist es der Bundeswehr heute nicht mehr möglich, Zukunftsinvestitionen aus der Substanz zu bestreiten. Deshalb braucht der Verteidigungshaushalt einen höheren Anteil am Bundeshaushalt. Bei der Realisierung der rot-grünen Pläne geht es aber auch um mehr als 200 Standortschließungen. Die Attraktivität der Bundeswehr für junge Leute und ihre Zukunftsfähigkeit wären dahin.

Die Vorstellungen des SPD-Finanzministers und seines grünen Verbündeten Metzger, der seinem Namen alle Ehre macht, verdeutlichen, daß rot-grüne Finanzpolitik im Bereich der Verteidigung nicht auf Kontinuität setzt, sondern einen Politikwechsel erzwingen will.

Jetzt ist Scharping gefordert. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlangt von ihm ein klares Nein zu diesen Plänen. Bei ihrer Realisierung wird er zum Konkursverwalter der Bundeswehr.

Kritik an Höppner: Frieden statt Freiheit ist ein fataler Irrtum

Der Berliner Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Arbeitskreisleiter für Angelegenheiten der neuen Länder der CDU/CSU-Fraktion, Günter Nooke, erklärte zu einem Interview von Ministerpräsident Reinhard Höppner in der Berliner Zeitung:

In seinem Bemühen, Sprachrohr ostdeutscher Befindlichkeit zu sein, hat der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, in einem Interview der Berliner Zeitung gesagt: „Viele im Osten haben die Mauer nur überhaupt ausgehalten, weil sie wußten, daß ein Durchbrechen der Mauer den Frieden gefährden würde.

Wir mußten bitter lernen, daß man um der Sicherung des Friedens willen auch Einschränkung von Freiheit, ja sogar in gewissem Maße Verletzung von Menschenrechten hinnehmen mußte.“

Höppner plädiert damit unterschwellig für Frieden statt Freiheit, für Hinnehmen und Stillhalten statt für staatsbürgerliches und eigenverantwortliches Engagement. Er gibt nachträglich Honecker in seiner verlogenen Friedensrhetorik recht und nutzt die Ressentiments im Osten gegen die NATO, um sich bei den Russen anzubiedern.

Wenn das die neue SPD-Linie im Osten sein soll – gemeinsam mit dem Brandenburger Ministerpräsidenten Manfred Stolpe –, dann sollten Höppner und Stolpe über einen Beitritt zur PDS nachdenken. Denn dann ist sichergestellt, daß PDS drin ist, wo jetzt noch SPD draufsteht.

Im Grunde ist das alles aber viel fataler: Die Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung werden schleichend in Frage gestellt und ausgehöhlt. ■

Hessen soll „Bildungsland Nummer eins“ werden

Die CDU-FDP-Koalition will Hessen zum „Bildungsland Nummer eins“ in Deutschland machen. Die Fraktionschefs beider Parteien im Wiesbadener Landtag, Norbert Kartmann (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (FDP), stellten dazu einen Gesetzentwurf zur Qualitätssicherung in hessischen Schulen vor.

Kern ist eine Unterrichtsgarantie, für die die CDU im Wahlkampf massiv geworben hatte. Als erster großer Schritt sollen Finanzmittel für 2.000 neue Lehrerstellen zum neuen Schuljahr zur Verfügung gestellt werden, um den Unterrichtsausfall drastisch zu reduzieren. Um die Chancen von Hauptschülern

auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu verbessern, ist ein qualifizierender Hauptschulabschluß vorgesehen. CDU und FDP wiesen zudem darauf hin, daß vom nächsten Schuljahr verbindlich an allen Grundschulen ab Ende der Jahrgangsstufe zwei wieder Ziffernnoten eingeführt werden, die durch verbale Beurteilungen ergänzt werden.

Festgeschrieben werden soll auch, daß Erst- und Zweitklässler verlässlich vier Stunden sowie Dritt- und Viertklässler verlässlich fünf Stunden Unterricht erhalten. Das neue Schulgesetz soll zudem leistungsstarken Schülern die Möglichkeit eröffnen, nach zwölf Jahren das Abitur zu machen.

Sozialhilfe kann jetzt pauschaliert werden

Die jüngste Änderung des Bundessozialhilfegesetzes (vom Bundestag am 22. April beschlossen) ist zwar vom Umfang her geringfügig, aber inhaltlich dennoch bemerkenswert. Künftig können Sozialhilfeleistungen insgesamt pauschaliert werden.

Der Weg zu dieser Änderung des Bundessozialhilferechts war jedoch wieder ein Musterbeispiel für den „Zick-Zack-Kurs“, den die neue rot-grüne Koalition in Bonn auch ansonsten an den Tag legt.

Zur Chronologie des Gesetzgebungsverfahrens: Im Mai 1998 bringt das Land Baden-Württemberg eine Bundesratsinitiative ein, nach der weitergehende Pauschalierungen in der Sozialhilfe ermöglicht werden sollen. Nach ihrem Wahlsieg im September 1998 schreiben SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrer Koalitionsvereinbarung fest, daß sie Modellvorhaben für eine weitergehende Pauschalierung von Sozialhilfeleistungen ermöglichen wollen. Daraufhin beantragt das Land Baden-Württemberg im November 1998 im Bundesrat, nunmehr in der Sache über die Gesetzesinitiative zur Pauschalierung zu entscheiden, weil doch zwischen allen maßgeblichen politischen Lagern die Angelegenheit unstrittig sei.

Doch im Bundesratsplenum wird der Vorstoß der Baden-Württemberger abgelehnt. SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen lieber selber mit einem eigenen Vorschlag kommen. Dies geschieht dadurch, daß der Bundesarbeitsminister, der seit dem Regierungswechsel für die Sozialhilfe zuständig ist, einen Referentenentwurf an Verbände und die interessierte Fachwelt versendet mit einem Vorschlag, durch eine

sog. Experimentierklausel im Sozialhilferecht weitergehende Pauschalierungen der Sozialhilfe zu ermöglichen. Allerdings dürften solche Pauschalen nur im Einvernehmen mit dem Hilfeempfänger festgesetzt werden. Dies würde bedeuten, daß die Hilfeempfänger festgesetzt werden. Dies würde bedeuten, daß die Hilfeempfänger sich jeweils genau ausrechnen würden, ob sie mit der bisherigen Leistungsgewährung oder mit einer Pauschale besser fahren würden. Eine Kostensteigerung wäre voraussehbar, weil auch mit einer Verwaltungsvereinfachung in einem solchen Fall kaum gerechnet werden kann.

Von Peter Weiß, Mitglied des Deutschen Bundestages

Am 22. Februar leitet die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Sozialhilfegesetzes dem Parlament zu. Die im Referentenentwurf vorgesehene Experimentierklausel zur Pauschalierung der Sozialhilfe fehlt jedoch gänzlich. „Ihre Ankündigung aus der Koalitionsvereinbarung und aus einem Referentenentwurf, Modellversuche zur weitergehenden Pauschalierung der Sozialhilfe zuzulassen, hat die rot-grüne Bundesregierung aus Angst vor der eigenen Courage nicht eingelöst“, lautet daraufhin das Urteil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Doch diesen Vorwurf wollen die neue Koalitionäre offensichtlich nicht auf sich sitzen lassen. Während der Beratungen über das Sozialhilfegesetz im zuständigen Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung wird seitens der Koalitionsfraktionen

per Tischvorlage das Pauschalierungsthema wieder zum Leben erweckt. Im neuen Gesetzestext fehlt der im Referentenentwurf noch vorhandene Satz, daß Pauschalierungen nur im Einvernehmen mit dem Hilfeempfänger vorgenommen werden dürften. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt eine Reihe von Ergänzungsanträgen, um den Gesetzestext präziser zu fassen. Dies veranlaßt die Koalition wiederum, die Beratungen zu vertagen. Am Schluß jedoch bleibt sie bei ihrem Tischvorlagentext, der dank rot-grüner Mehrheit im Bundestag unverändert beschlossen wird.

Im Wortlaut

heißt es nun in dem neuen § 101a des Bundessozialhilfegesetzes: „Zur Weiterentwicklung der Sozialhilfe soll die Pauschalierung weiterer Leistungen nach diesem Gesetz im Rahmen der Sätze 2 bis 6 erprobt werden. Zu diesem Zweck können die Landesregierungen die Träger der Sozialhilfe durch Rechtsverordnung ermächtigen, in Modellvorhaben solche Leistungen der Sozialhilfe pauschaliert zu erbringen, für die Beträge nicht schon durch dieses Gesetz festgesetzt sind. Die Pauschalbeträge sind für einen bestimmten Bedarf festzusetzen und müssen dem Grundsatz der Bedarfsdeckung gerecht werden. Die Modellvorhaben sind so auszuwerten, daß sie eine bundesweite Bewertung zulassen; hierzu haben die Träger der Sozialhilfe, die jeweils zuständige oberste Landesbehörde und das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zusammenzuwirken.“

Die Modellvorhaben enden einschließlich ihrer Auswertung spätestens am 31. Dezember 2004. Das Nähere über Dauer und Ausgestaltung der Modellvorhaben, über die Bemessung der Pauschalbeträge für Einzelne oder Haushalte im Sinne von § 11 Abs. 1 Satz 2, über die Voraussetzungen für die Teilnahme von Hilfeberechtigten

und über die Auswertung der Modellvorhaben sind in der Rechtsverordnung nach Satz 2 festzulegen; die Rechtsverordnung kann auch für die jeweiligen Teilnehmer der Modellvorhaben die Vermögensgrenzen nach § 88 Abs. 2 Nr. 8 in Verbindung mit der dazu ergangenen Rechtsverordnung um bis zu 80 vom Hundert erhöhen.“

Wenn diese weitergehenden Pauschalierungen in der Sozialhilfe, die jetzt im Modellvorhaben erprobt werden können, sich bewähren, bedeutet dies eine Revolutionierung des bisherigen Systems der Sozialhilfegewährung. Während die laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe seit dem Inkrafttreten des Gesetzes, also schon seit 40 Jahren pauschal durch den Regelsatz abgegolten sind, wird in den Sozialämtern heute immer noch hartnäckig und oft verbittert um oft kleine Beträge bei den einmaligen Beihilfen für Bekleidung, Hausrat, Möbel, Radio, Fernsehgeräte oder anderes gefochten. Trotz entsprechender Richtlinien gibt es bei den einzelnen Trägern der Sozialhilfe z.T. erhebliche Unterschiede, was im Einzelfall an Hilfen zugestanden wird.

Unwürdiges Gezerre

Dazu kommt, daß heute bei bis zu 40% der Entscheidungen über einmalige Leistungen ein Rechtsmittelverfahren seitens der Betroffenen angestrengt wird. Dieses z.T. unwürdige Gezerre und Gerangel sollte beendet werden. Zielsetzung der gesetzlichen Neuregelung ist, daß jedem Sozialhilfeempfänger ein berechenbares Haushaltsbudget zur Verfügung steht, daß er wirtschaftliche Eigenverantwortung praktizieren muß und daß er lernt, mit einem solchen eigenen Budget auszukommen. Die Pauschalierung aller Elemente der Hilfe zum Lebensunterhalt, also auch der Kosten der Unterkunft und der gesamten sog. einmaligen Hilfen, bedeutet ein Mehr an Selbständigkeit für den einzelnen Hilfeempfänger.

Aber auch für die Sozialhilfeträger, die Städte und Landkreise, ergeben sich erhebliche Veränderungen. Die Verwaltung der Sozialhilfe wird wesentlich vereinfacht. Personalkapazitäten werden frei, die für den weiteren Ausbau der Hilfen zum Ausstieg aus der Sozialhilfe dringend gebraucht werden. Die CDU/CSU hat in der vergangenen Legislaturperiode mit den Änderungen des Bundessozialhilfegesetzes die Zielsetzung verstärkt, Sozialhilfebeziehern zu helfen, wieder in Arbeit zu kommen, statt Sozialhilfebedürftigkeit zu konservieren. Die Pauschalierung zur Sozialhilfe setzt hierzu bei den Sozialämtern weitere Kapazitäten und Kräfte frei. Mehr Ausstiegsberatung, weniger Sozialhilfebürokratie – das ist der Leitgedanke der Reform.

Verbesserte Hilfen

Gegen das Pauschalierungsvorhaben werden immer wieder eine Reihe von Verdächtigungen erhoben. Wie bei jeder Reform des Sozialhilfegesetzes wird vermutet, daß letztlich nur Leistungskürzungen beabsichtigt seien. Die angestrebte Pauschalierung der Hilfe zum Lebensunterhalt ist jedoch kein Vehikel für versteckte Leistungskürzungen, sondern ein Instrument für vermehrte und verbesserte Hilfen zum Ausstieg aus der Sozialhilfe. Diese Zielsetzung wollte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausdrücklich in den Gesetzestext hineinschreiben. Dies wurde jedoch abgelehnt.

Das neue Instrument der Pauschalierung der Sozialhilfe muß auf klaren Rechtsgrundlagen stehen, wenn es Erfolg haben soll. Deshalb hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beantragt, durch eine entsprechende Einfügung in die neue Experimentierklausel klarzustellen, daß wir künftig ein Gesamtbudget für den Hilfeempfänger wollen: „Der für den einzelnen Hilfeempfänger derzeit bestehende Rechts-

anspruch auf individuell bedarfsgerechte Hilfe wird in einem Gesamtrechtsanspruch auf ein bedarfsdeckendes Budget ausgestaltet. Darüber hinaus besteht ein Rechtsanspruch auf eine zusätzliche Leistung nur bei einem nachgewiesenen besonderen Aufwand in besonderen unvorhergesehenen Lebenssituationen.“ Diese Formulierung entspricht dem Positionspapier des Städte- und Gemeindebundes. Daß die Koalition diese Klarstellung abgelehnt hat, verstärkt den Eindruck, daß bewußt Unklarheiten hingenommen werden sollen.

Gesetze sollen Klarheit schaffen und nicht zu mehr Prozessen führen. Die Erfahrung zeigt, daß immer mehr Hilfeempfänger den Rechtsweg beschreiten. Und so könnte trotz einer Erprobung der Pauschalierung doch wegen einer Vielzahl von Leistungsansprüchen gestritten werden. Dies würde Reibungsverluste erzeugen und würde letztlich die Pauschalierung ad absurdum führen.

Länder gefordert

Trotz mancher Bedenken sollte das Vorhaben Pauschalierung der Sozialhilfe jetzt engagiert angegangen und zu einem Erfolg gebracht werden. Nachdem der Gesetzgeber mit der Experimentierklausel die Grundlage geschaffen hat, sind jetzt die Länder gefordert. Sie werden durch entsprechende Rechtsverordnungen das neue Recht umsetzen. Zu hoffen ist, daß in einem produktiven Wettbewerb unter den Ländern Regelungen gefunden werden, damit wieder mehr Menschen aus der Sozialhilfe rausfinden, Hilfe zur Arbeit geschaffen und nicht zuletzt auch der finanzielle Spielraum der Städte und Kreise wieder erweitert werden kann..

Unabhängig vom Thema Pauschalierung der Sozialhilfe war eine Änderung des Bundessozialhilfegesetzes zu beschließen, um die Bemessung der Regelsätze zu re-

geln. Mit Ablauf des Monats Juni endet die bisherige Übergangsregelung. Die Bundesregierung hat sich dazu entschlossen, die Übergangsregelung bei den Sozialhilferegelsätzen nochmals um zwei Jahre zu verlängern. Erst dann will sie ein neues Bedarfsbemessungsschema vorlegen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat beantragt, die Übergangsregelung nur für ein Jahr zu verlängern. Dies wurde jedoch von den Koalitionsfraktionen abgelehnt. Bereits von Horst Seehofer als dem in der CDU-geführten Bundesregierung zuständigen Bundesminister wurden insgesamt 10 Gutachten in Auftrag gegeben, um Grundlagen für ein neues Bedarfsbemessungsschema in der Sozialhilfe zu finden. Die Gutachten liegen alle insgesamt vor, sie können ausgewertet werden, und möglichst bald könnte ein Regelungsvorschlag vorgelegt werden.

Unausgegoren, unsozial

Die neue Bundesregierung will unverhältnismäßig viel Zeit schinden. Dafür kann man ein gewisses Verständnis haben. Nachdem Rot-Grün in den vergangenen Monaten bei den 630-Mark-Jobs, bei der

Scheinselbstständigkeit und bei vielen anderen Gesetzen mit Schnellschüssen unausgegorene, unsoziale und nicht handhabbare Gesetze beschlossen hat, entdeckt sie jetzt wohl die neue Langsamkeit als Motto ihres Regierungshandelns. Aber Regierungsverantwortung wird übernommen, um zu handeln und nicht um abzuwarten und Tee zu trinken. Deshalb fordert die CDU/CSU dieses Handeln auch ein.

Nach dem Verfahren zur Regelsatzsteigerung, das nun weiterhin gelten soll, kann mit einer Erhöhung der Sozialhilfe-Regelsätze um 1,34 % zum 1. Juli gerechnet werden. Für das Jahr 2000 ist aufgrund der Tarifbeschlüsse und der Nettolohnentlastung ein Steigerungssatz von über 3 % erkennbar. Darauf können sich die Kämmerer in den Städten und Landkreisen schon heute einstellen. Eine weitere Änderung des Bundessozialhilfegesetzes ermöglicht es den Ländern, in denen in den letzten Jahren Ministerien zu überörtlichen Trägern der Sozialhilfe bestimmt worden sind, die Zuständigkeit für den Erlass von Widerspruchsbescheiden auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe zu verlagern.

Wird der Fall Hombach zum Fall Schröder?

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages, Ronald Pofalla, erklärte zur Veröffentlichung des Stern über die Finanzangelegenheiten Bodo Hombachs:

Die Ungereimtheiten über die zweifelhafte Abfindung von Bodo Hombach bei seinem Ausscheiden aus der Salzgitter Handel GmbH werden immer größer!

So stellt sich mir die Frage: Ist Bodo Hombach, jetzt Kanzleramtsminister,

für seine damaligen Verdienste zugunsten von SPD und Gerhard Schröder im niedersächsischen Landtagswahlkampf im Frühjahr 1998 finanziell ausgezeichnet worden?

Zunehmend stellt sich darüber hinaus auch die Frage, inwieweit Bundeskanzler Gerhard Schröder als damaliger Ministerpräsident von Niedersachsen in die sonderbaren Finanztransfers zwischen der Salzgitter AG und Bodo Hombach verstrickt ist?

Auf Bundeskanzler Schröder warten immer mehr Fragen!

europawahlkampf ONLINE



UNSERE GROSSFLÄCHENPLAKATIERUNG IM EUROPAWAHLKAMPF



CDU
mitten im Leben, mitten in Europa.

Das Internet ist heute fester Bestandteil moderner Parteikommunikation. Es ermöglicht uns – wie kein anderes Medium –, eine aktuelle und vor allem originäre Berichterstattung. Besonders attraktiv ist die Möglichkeit des direkten Meinungsaustausches über Dialogforen. So bietet die CDU im Internet ein lebendiges Forum, in dem die Nutzer untereinander und mit der CDU diskutieren können.

Für die Europawahl wurden zusätzlich zum allgemeinen CDU-Internetangebot besondere Europawahlseiten eingerichtet. Über die Homepage der CDU (www.cdu.de) gelangt man schnell und einfach auf die Europaseite und

zu den wichtigsten News. Als besonderen Höhepunkt werden dort alle Wahlkampfspots als Video angeboten, ebenso wie eine Übersicht über sämtliche Sendetermine der Spots.

Wer erfahren möchte, wann und wo die nächste Kundgebung mit dem Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble stattfindet oder wann und wo der Euro-Truck mit seinem attraktiven Programm erwartet wird, kann sich unter „Veranstaltungen“ auf dem laufenden halten.

Unter „Europawahl“ finden Sie alle wichtigen Textdokumente rund um Europa: Neben dem gemeinsamen Wahlauftritt von CDU und CSU, dem

Fortsetzung auf Seite 20

Zurück VDI Neu laden Anfang Suchen Guide Drucken Sicherheit Stop

Lesenzeichen Gehe zu: <http://www.cdu.de> Verwandle Objekt

Europa MUSS MAN RICHTIG MACHEN.

CDU
mitten im Leben, mitten in Europa.

VERANSTALTUNGEN PRESSE EUROPAAWAHL EUROPAPOLITIK KANDIDATEN LINKS HOME CDU-ANGEBOT

HERZLICH WILLKOMMEN AUF DEN EUROPASEITEN DER CDU

Unsere gemeinsame Vision von Europa

Auf einer Veranstaltung der französischen Christdemokraten UDF am Donnerstag, dem 20. Mai in Lyon, sprach der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Wolfgang Schäuble, über gemeinsame Visionen in der Europapolitik. Schäuble betonte die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft für das gesamte „Projekt Europa“. „Jetzt gilt es zu kämpfen für unsere gemeinsame Vision von Europa: für ein Europa der Freiheit – gegen Zentralismus und Bürokratie; für ein Europa des Wettbewerbs – gegen Uniformität und Vereinheitlichung; für ein Europa der Chancen – gegen Protektionismus und Pessimismus. Für ein Europa der Stabilität – gegen Abwertung des Euro und Mißbrauch der Zentralbank; für ein Europa der Sicherheit – gegen Kriminalität. Diese Vision müssen wir offensiv vertreten. Es ist unsere gemeinsame Vision, und für sie müssen wir die Menschen gewinnen.“



Wolfgang Schäuble

Dokument: Übermittelt

VERANSTALTUNGEN PRESSE EUROPAAWAHL EUROPAPOLITIK KANDIDATEN LINKS HOME CDU-ANGEBOT

TV-SPOTS

Europawahl

Innere Sicherheit
Europawahl

Arbeitsplätze
Europawahl

630-Mark-
Europawahl

Download des

RealPlayer: CDU Europawahl

Datei Ansicht Optionen Favoriten Webseiten Hilfe

Channels

Bloomberg
CNN.com
COMEDY CENTRAL
Discovery
Science News And More!

Aktualisiert 10.14
Aktualisieren

Geben Sie hier Ihre Audio-/Video-Suchabfrage ein. Suchen

43.8 Kbps 00:12:4/00:31:2

Dokument: Übermittelt



Herzlich Willkommen im InfoNet der CDU!

[Home](#)[Wahlen '99](#)[Aktuell](#)[Politik](#)[Neues v. Gegner](#)[Service](#)[Flugblätter](#)[WEB-Store](#)[Dialogforum](#)[Termine](#)[Organisation](#)[Vereinigungen & Verbände](#)[Kontakt](#)[Suchen](#)**Protest-Aktion gegen das 630-Mark-Gesetz**

**HERR SCHRÖDER,
WIR BRAUCHEN
DIE 630 MARK!**

Aktion**Argumente zur Neuordnung des
630-Mark-Gesetzes****Schröders Steuerburekratie in Kraft****Neue Zielgruppenbriefe zur Europawahl**

**Neue Werbemittel
für den Europawahlkampf**

Dokument: Übermittelt

Erfurter Parteitagbeschuß „Europa muß man richtig machen“ und europapolitischen Reden enthält dieses Stichwort weitere Informationen über die Europapolitik der CDU im 21. Jahrhundert.

Zusätzliche Informationsquellen werden im Kapitel „Links“ angeboten. Von hier aus ist es möglich, zu allen Institutionen der Europäischen Union zu surfen. Sie können sich aber auch mit dem Europäischen Bürgerbeauftragten verbinden oder erfahren, wer zur Zeit welche Funktion in Brüssel ausübt.

Neben dem Dialog mit der Öffentlichkeit unterstützt das Internet auch die Kommunikation innerhalb der CDU. Für alle Funktions- und Mandatsträger wurde deshalb das InfoNet entwickelt. Hier erhalten Sie wichtige Informationen über den Europawahl-

kampf, über aktuelle Aktionen, Werbelinie, Leitfäden und alles Wichtige für die Öffentlichkeitsarbeit. Der Dialog über das InfoNet spielt eine zunehmend wichtigere Rolle für unsere parteiinterne Kommunikation, da das InfoNet unabhängig vom Ort über jeden Internet-Zugang erreichbar ist.

Unter der Rubrik „Wahlen '99“ erhalten Sie neben Informationen zum Europawahlkampf auch wichtige Hinweise für die zahlreichen Kommunalwahlkämpfe in diesem Jahr. Unter dem Stichwort „Europa“ finden Sie:

- Musteranzeigen und Flugblätter für den Europawahlkampf,
- Zielgruppenbriefe
- diverse Argumentationshilfen zur Europawahl.

Als besonderen Service bieten wir Ihnen alle Plakatmotive für den Europa-

Wahlkampf zum Download und damit zur eigenen Weiterverarbeitung an. Ergänzt wird unser Angebot durch die neuesten Umfrageergebnisse. Im Kapitel „Politik“ finden Sie die aktuelle Datenbank Politik mit Informationen zu allen wichtigen politischen Themen. Der „Webstore“ enthält das komplette Werbemittelangebot der CDU zur Ansicht und direkten Bestellung.

Der Einsatz des Internets ist aus der politischen Kommunikation nicht mehr wegzudenken. Als lebendiges Medium ist es auf ständige Aktualisierungen und Verbesserungen angewiesen. Gleichzeitig lebt es davon, die Bedürfnisse, Anregungen und Wünsche der Nutzer zu erfahren. Nutzen Sie die Chancen, die uns das InfoNet mit seinen Möglichkeiten bietet und fordern Sie Ihre persönliche Zugangskennung für das InfoNet an.

Zur Koordinierung der ehrenamtlich Tätigen und Führung der Geschäftsstelle sucht die Junge Union Deutschlands zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin eine/einen

Bundesgeschäftsführer/in

Aufgaben:

- Führung der Geschäfte des Verbandes sowie
- Leitung der Geschäftsstelle
- Vorbereitung und Organisation aller Tagungen und Kongresse des Bundesverbandes
- Beratung und Betreuung der satzungsmäßigen Gremien
- Kontaktpflege zu Organisationen im politischen Raum und Verbandswesen sowie der Öffentlichkeit.

Zugang zum InfoNet:

Bitte schicken Sie eine E-mail oder ein Fax mit Angabe Ihres Namens, Ihrer vollständigen Adresse (mit Telefon und E-mail) sowie Ihrer Funktion innerhalb der CDU an: infonet@cdu.de oder FAX: 02 28/5 44-9 17. Sie erhalten dann in den nächsten Tagen Ihre persönlichen Zugangsdaten.

Kein neues Paßwort

Alle, die im Wahlkampf einen Zugang zum KandiNet hatten, müssen kein neues Paßwort beantragen. Sie können Ihre persönlichen Zugangsdaten sowie die Internet-Adresse weiterhin nutzen.

Anforderungen:

- kaufmännische Ausbildung/Berufserfahrung
- überdurchschnittliches Engagement und Einsatzbereitschaft
- Erfahrungen in der Verbandsarbeit
- Mitgliedschaft in der Jungen Union
- hohes Maß an Mobilität und Flexibilität.

Vergütung:

- in Anlehnung an BAT.III/II a (Bund)

Schriftliche Bewerbungen einschließlich aller üblichen Unterlagen sind bis zum 8. Juni 1999 an die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, z.Hd. Bundesgeschäftsführer Ulrich Burger, Inselstraße 1b, 10179 Berlin-Mitte, zu richten.

Das Info-Material zur Europawahl am 13. Juni

● ArguKARTEN

- 1581 Argukarten-Set** zur Europawahl (25 Karten) 20 Sets 29,90 DM

● BriefWAHLPROSPEKT

- 2582 Briefwahlprospekt** zur Europawahl 500 Expl. 50,00 DM
2583 Briefwahlprospekt zur Europa- und Kommunalwahl 500 Expl. 50,00 DM

● FaltBLÄTTER

- 2611 Frauen in der CDU: Europa eine Seele geben**
 Faltblatt der Frauen-Union 100 Expl. 23,50 DM
- 2599 Erstwählerprospekt** 100 Expl. 20,00 DM
- 2596 Deutsche Aussiedler:** 6 Fragen – 6 Antworten 100 Expl. 20,00 DM
- 2546 Europa:** 10 Argumente für Europa 100 Expl. 20,00 DM
- 2570 Landwirtschaft:** Ehre, wem Ehre gebührt. 100 Expl. 20,00 DM
- 2571 Innere Sicherheit:**
 ... gegen Verbrechen und Drogenhandel 100 Expl. 20,00 DM
- 2572 Demokratie und Bürgernähe:**
 Ohne die Menschen geht nichts. 100 Expl. 20,00 DM
- 2573 Bildungspolitik:** Wissen wo's langgeht. 100 Expl. 20,00 DM
- 2574 Arbeitsplätze:** Mehr Arbeit lässt sich steuern:
 Mit weniger Steuern. 100 Expl. 20,00 DM
- 2576 Rentenpolitik:**
 Verlässliche Politik für Rentner und Beitragszahler 100 Expl. 20,00 DM
- 2578 Euro:** Nur ein starker Euro ist ein guter Euro. 100 Expl. 20,00 DM
- 2579 Europa:** Neue Ziele gemeinsam erreichen. 100 Expl. 20,00 DM

● BROSCHÜREN

- 5580 Europa ganz persönlich,** DIN A6, 48 Seiten 50 Expl. 30,00 DM
- 5363 Zukunftsprogramm der CDU** 50 Expl. 40,00 DM
- 5592 Europa muß man richtig machen.**
 Beschluß des 12. Parteitages 50 Expl. 30,00 DM
- 5595 Erfurter Leitsätze – „Aufbruch 99“.**
 Beschluß des 12. Parteitages 50 Expl. 30,00 DM



- Auto-Straßen-Atlas für Deutschland und Europa
Bestell-Nr.: 9260
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 29,70 DM

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab einem Warenwert von 50,- DM werden keine Versandkosten berechnet.

Bestellanschrift

**per Post: IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh**

Fax: 0 25 24/91 13 10

**E-Mail:
cdu-shop@bertelsmann.de**



- Samentütchen „Wildblumen“
Bestell-Nr.: 9563
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 25,- DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Kurzfristig lieferbar

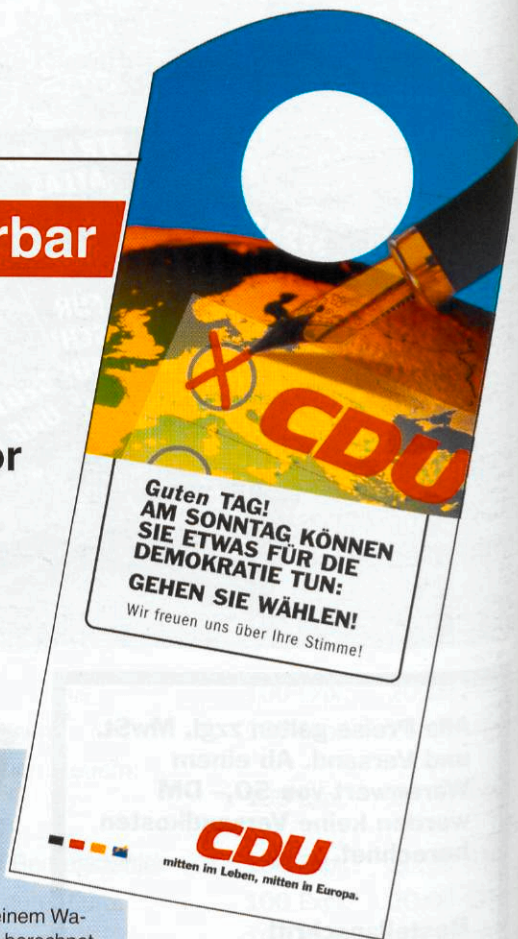
● **Türanhänger**
Vergessen Sie nicht,
den Anhänger kurz vor
der Wahl am 13. Juni
an der Tür Ihrer Nach-
barn anzubringen!

Bestell-Nr.: 1609
Verpackungseinheit: 1000 Expl.
Preis je 1000 Expl.: 40,- DM

Bestellanschrift

per Post: IS-Versandzentrum
Postfach 14 65 59306 Ennigerloh
Fax: 0 25 24/91 13 10
E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab einem Wa-
renwert von 50,-DM werden keine Versandkosten berechnet.



UiD

17/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den In-**
halt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon
(0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Pro-
fittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.